

Die Bekanntmachung durch öffentlichen Aushang in den Gemeinden des Staates Groß-Hessen und durch Veröffentlichung in der Tagespresse erfolgt möglichst gleichzeitig.


Groß-Hessisches Staatsministerium.

Der Ministerpräsident: Der Minister der Justiz
gez. Dr. Geller. gez. Fritz.

Bekanntgegeben durch Aushang am schwarzen Brett im Dienstgebäude der Staatskanzlei am 27. Oktober 1945.


2. Dieser Zuschlag ist mit der Vierteljahresrate zu sammen an das örtliche zuständige Finanzamt (Finanzkasse) abzuführen.


5. Für Erlaß, Stundung und Beitreibung des Zuschlages gelten die gleichen Bestimmungen wie für die fällige Vierteljahresrate.


7. Der Zuschlag ist auf der Sollkarte gesondert, zu verbuchen und in den Einnahmenabschreibungen gesondert auszuweisen.

8. Die Zuteilung der gesonderten Zuschlagszahlung (eines Zuschlagbescheides) ist nicht erforderlich.

b) Lohnsteuer.


4. Für Stundung, Erlaß und Beitreibung gilt a) Ziffer 5 und für die Buchung a) Ziffer 7.


Groß-Hessisches Staatsministerium.

Der Ministerpräsident: Der Minister der Finanzen
gez. Dr. Geller. gez. Dr. Mattes.

Bekanntgegeben durch Aushang am schwarzen Brett im Dienstgebäude der Staatskanzlei am 25. Oktober 1945.

Durchführungsbestimmungen zum Gesetz Nr. 3 und der 1. Ausführungsverordnung der Militärregierung Deutschland, Amerikanische Zone, zur politischen Bereinigung der gewerblichen Wirtschaft vom 10. November 1945.

b) leitenden,
c) organisatorischen Weise tätig sind oder
d) an der Einstellung und Entlassung von Arbeitnehmern,
e) an der Bestimmung der Arbeitsbedingungen oder f) an der Geschäftsleitung des Unternehmens mitwirken und die in jener Zeit Mitglied der NSDAP oder einer der ihr angeschlossenen Organisationen waren.

Der Ausdruck „angeschlossene Organisationen“ bezeichnet:
- die SS (Schutzstaffeln),
- die SA (Sturmabteilungen),
- das NSKK (NS Kraftfahrerkorps),
- die NSDAP (NS Deutscher Dozentenbund),
- die NSDStB (NS Deutscher Studentenbund),
- die NSDStK (NS Dichterkreis),
- die HJ (Hitlerjugend) und
die BDM (Bund Deutscher Mädel).

Ausgenommen sind:
a) Personen, die nach rechtem Gezwung waren, der Hitler-Jugend oder dem BDM beizutreten oder darin Dienstpflicht abzuleisten, es sei denn, daß sie Ämter in diesen Organisationen ausgeübt haben, ferner
b) Personen, die nach dem 1. 3. 1944 in die Waffen-SS einberufen wurden, es sei denn, daß sie zum Unteroffizier oder Offizier in dieser Organisation befördert worden sind.

Anwärter der Partei und der angeschlossenen Organisationen stehen den Mitgliedern gleich.

2. Es macht keinen Unterschied, ob die betreffende Person
a) in abhängiger Arbeit steht,
b) freier Mitarbeiter ist,
c) in irgendeiner Form kapitalmäßig beteiligt ist, ob sie
d) entgegen oder
e) unentgeltlich beschäftigt ist,
sofern sie nur vertraglich oder tatsächlich im Sinne der Ziffer 1 für das Unternehmen tätig ist.

Ausgenommen ist nur anderweitig gesetzlicher Regelung der Arbeitnehmer, der aber das Gesetz in seinem Unternehmen durchzuführen hat.

3. Leiter von Zweigwerken, Filialen, wie auch Tochtergesellschaften müssen das Gesetz Nr. 8 sowie die 1. Ausführungsverordnung auch dann zur Anwendung bringen, wenn die Hauptniederlassung oder die Muttergesellschaft sich außerhalb Groß-Hessens befinden.

Unterhält ein groß- und mittelständisches Unternehmen eine Zweigstelle oder eine Tochtergesellschaft außerhalb Groß-Hessens, so gelten für diese die dort maßgebenden Bestimmungen.


Dem Vorstellungsgesuch ist ein ordnungsgemäß ausgefüllter Fragebogen beizufügen.

5. Die Vorstellung muß auf Tatsachen gestützt sein, aus denen hervorgeht, daß der Antragsteller nur dem Namen nach Nationalsozialist war und daß er sich nicht aktiv für eine Tätigkeit der NSDAP oder einer angeschlossenen Organisation eingesetzt hat.

Aktiv für eine Tätigkeit der NSDAP oder einer der ihr angeschlossenen Organisationen eingesetzt haben sich Mitglieder der NSDAP und der unter Ziffer 1 angeführten Organisationen, die entweder
a) ein Amt ausgeübt oder sich in sonstiger Weise aktiv in der NSDAP, in einer der in den §§ 1, 2 und 3 des Militärregierungsstatuttn Nr. 5 angeführten Organisationen oder in einem der Verbreitung militaristischer Lehren gewidmeten Verband tätig haben, ohne Rücksicht darauf, ob dies auf der Orts- oder Reichsebene oder auf einer anderen Zwischenstufe der Fall war oder
b) die Begehung eines fremden oder ethnischen Verbrechens, eine Rassenverfolgung oder Diskriminierung angeschuldigt oder sich daran bewußt beteiligt haben oder
c) ihre nationalsozialistische Überzeugung, die Rassen- doktrin oder militaristische Lehren nachdrücklich vertreten haben oder
d) die NSDAP oder nationalsozialistische Amtsträger oder Führer zu fremden Stücken und in wesentlichen Umfang moralisch, finanziell oder politisch unterstützt haben,

6. In jedem Stadt- und Landkreis wird vom Oberbürgermeister oder Landrat ein Hauptausschuß gebildet. Diese Hauptausschüsse haben die Aufgabe, die Bildung der erforderlichen einzelnen Prüfungsausschüsse zu veranlassen, deren Arbeit zu überwachen und erforderlichenfalls Anweisungen zu erteilen, um eine gleichmäßige Behandlung der Vorstellungen sicherzustellen. Sie haben auch jederzeit das Recht, einzelne Prüfungsfälle zur Entscheidung an sich zu ziehen.

Die Zusammensetzung der Hauptausschüsse ist Sache der Oberbürgermeister oder Landräte, jedoch muß der Vorsitzende eines Hauptausschusses entweder der Oberbürgermeister oder der Landrat selbst oder eine zum Richteramt oder höheren Verwaltungsdienst befähigte Persönlichkeit sein.

Sofern die bereits bestehenden Hauptausschüsse diese Voraussetzung nicht erfüllen, sind sie entsprechend umzubilden. Die Rechtsgültigkeit der von ihnen bereits getroffenen Entscheidungen wird dadurch nicht berührt.

Für die Zusammensetzung der einzelnen Prüfungsausschüsse gelten folgende Bestimmungen:


2. Den Vorsitzenden ernennt der Oberbürgermeister oder Landrat, sofern er nicht selbst das Amt des Vorsitzenden ausübt. Für diesen Fall muß die zum Vorsitzenden berufene Persönlichkeit entweder zum Richteramt oder höheren Verwaltungsdienst befähigt sein.


5. Alle Sitzungsprotokolle, die über die aufnahmebedürftigen Verfahren geführt werden, sind der Verwaltung übergeben und von der Verwaltung vervielt und in deren Haltung dem Nationalsozialismus gegenüber als einwandfrei festgestellt sein und die Genehmigung der Militärregierung gefunden haben.

Die Verantwortung hierfür trägt der berufende Oberbürgermeister oder Landrat.


Die Versammlung wird von einem Vorstand geleitet, der aus Vertretern der Gewerkschaften bestehen soll. Die Versammlung hat die Aufgabe, die Arbeitsbedingungen in den Betrieben zu vereinbaren und zu regeln.
Wiesbaden, 21. Dez. 1915
Gesetz- und Verordnungsblatt für Groß-Hessen
Nr. 1

§ 2
Arbeitnehmer, die aus betrieblichen oder beruflichen Gründen an den gesetzlichen Feiertag, der auf einen Werktag fällt, arbeiten müssen, erhalten die im Tarif vorgesehenen Zuschläge.

§ 3
Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.
Groß-Hessisches Staatsministerium.

Der Minister
Dr. Geiler
Oskar Müller.

Verordnung
zur Wiederherstellung des freien Güteraustausches.

§ 1
Alle Verordnungen und behördlichen Anordnungen, die den freien Güteraustausch zwischen den Regierungsbezirken, Kreisen oder Gemeinden innerhalb des Landes Groß-Hessen verbieten oder einschränken, werden hiermit aufgehoben.

§ 2
Die Verpflichtung, für bewirtschaftete Waren Bezugsberechtigungsscheine beizubringen, wird durch diese Verordnung nicht berührt.

§ 3
Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Der Ministerpräsident
Groß-Hessen.
Dr. Geiler.

Verordnung
über die Einkommensteuer-, Körperschaftssteuer- und Gewerbesteuerveranlagung 1944.

§ 1

§ 2
Die Bestimmungen in Abschnitt 1 der StV (Steuervereinfachungsverordnung) — Verzicht auf Steuererklärungen und Steuerveranlagung — sind mit folgenden Änderungen anzuwenden:
1. Steuererklärungen zur Einkommensteuer, Körperschaftssteuer und Gewerbesteuer sind auch von Steuerpflichtigen, die 1943 mit einem Einkommen oder gewerblichen Gewinn von mehr als 8.000,—RM veranlagt worden sind, abzugeben.

§ 3

Forderungen aus Kriegsleistungen und Kriegsleistungen an das Reich, die Länder, die Gemeinden und an die Gemeindeverbände sowie an sonstige öffentliche Auftraggeber (beispielsweise Organisation Todt) müssen dem vollen Forderungsbetrag in der Schlußbilanz oder Vermögensübersicht 1944 erscheinen.

Buchführende Steuerpflichtige müssen auf den 31. 12. 1944 eine Bilanz gemäß § 5 Einkommensteuergesetz oder eine Vermögensübersicht gemäß § 4 Absatz 1 Einkommenssteuergesetzes einreichen.

§ 4
§ 6 Ziff. 1 Satz 2 und Ziff. 2 Satz 2 und § 7 Abs. 1 Satz 4 Einkommensteuergesetz (Abschreibung auf den Teilwert und Absetzungen für außergewöhnliche Abnutzung) sind für 1944 nicht anzuwenden auf:
a) Wertminderungen auf Gegenstände des Anlage- und Umlaufvermögens als Folge der Beendigung des Krieges,
b) Forderungen an das Reich, an die Länder und an sonstige öffentliche Körperschaften.

§ 5
Steuerpflichtige dürfen Abschreibungen auf Reichsforderungen nur dann vornehmen, wenn sie auf diese Forderungen bis Ende des Jahres 1944 rechtswidrig verzichtet haben. Diese Forderungen gelten dann als erloschen.

Das gleiche gilt für den kalkulatorischen Gewinn- und Ertragsteuerabzugsbetrag bei Forderungen nach § 3 Absatz 2 dieser Verordnung, wenn auf diesen gegenüber dem zuständigen Finanzamt bis Ende 1945 rechtswidrig verzichtet wird.

§ 6
Die Überschußrechnung gemäß § 4 Abs. 3 Einkommensteuergesetzes darf nicht durch Ausgaben beeinflußt werden, die durch Kriegsschäden bedingt sind.

§ 7
§ 10 Abs. 1, Ziff. 4 Einkommensteuergesetz (Verlustabzug bei buchführenden Land- und Forstwirten und Gutsbetriebend, die Bücher nach den Vorschriften des Handelsbuchsordnens führen) findet keine Anwendung. Das gleiche gilt für § 19 dritte Gewerbeartenverfall (Gewerbeverbot).

§ 8
§ 13 Abs. 3 Satz 1 und 2 Einkommensteuergesetz (Einkommensteuerfreigrenze, bei Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft) ist nicht anzuwenden. Die Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft werden auch dann im vollen Umfang zur Einkommensteuer herangezogen, wenn sie den Betrag von 3.000,—RM nicht übersteigen.
§ 9
Es finden ferner keine Anwendung mehr
a) § 3. Steueränderungsverordnung vom 21. August 1941
(steuerliche Begünstigung der Einzelgewerbetreibenden, der Land- und Forstwirte und der Personen-ge sellschaften),

§ 10
Die Finanzämter sind berechtigt, bis auf weiteres jede Erstattung überzählter Steuern und zu viel entrichteter Vorauszahlungen, die vor dem als Stichtag anzusetzenden 8. Mai 1945 abgeführt wurden, abzulehnen.

Der Steuerpflichtige darf bis auf weiteres gegen Steuer-verbindlichkeiten nur mit eigenen Gegenforderungen steuerlicher Art aufrächen. Soweit solche Forderungen vor dem Stichtag entstanden sind, ist eine Aufrechnung nur gegen steuerliche Verbindlichkeiten möglich, die gleichfalls vor dem Stichtag entstanden sind. Auf den Zeitpunkt, auf den die Forderungen festgesetzt wurden, kommt es dabei nicht an.

Die Bestimmungen der §§ 124 (Aufrechnung) und 150 A (Erstattung) AO finden, soweit sie den obigen Anordnungen nicht entsprechen, keine Anwendung.

§ 11

Diese Verordnung ist am 30. November 1945 in Kraft getreten.


Groß-Hessisches Staatsministerium
Der Ministerpräsident
Der Minister der Finanzen
geist. Dr. Geiler.
geist. Dr. Mattes.

Für das Jahr 1944 wird eine Gewinnabführung nach den Vorschriften der Gewinnabführungsverordnung (Verordnung über die Gewinnabführung für das Kalenderjahr 1943 [GAV]) vom 15.5.1944, RGBl. I S. 120, RStBl. 1944, S. 360) erhoben.
Diese Verordnung ist am 30. November 1945 in Kraft getreten.


Groß-Hessisches Staatsministerium
Der Ministerpräsident
Der Minister der Finanzen
geist. Dr. Geiler.
geist. Dr. Mattes.

Erlass Rez.: Gewinnabführungsverordnung.
RGBl. I S. 129 sowie den dazu erlassenen Verwaltungsanweisungen durchzuführen.
3. Die PA liefern die zur Durchführung der Veranlagung erforderlichen Vordrucke selbst.
5. Die für 1943 angeordnete Sonderregelung für a) parteilose Zeiungen SMSF 44 Ziffer 165, b) für Gemeinschaftslager der Deutschen Arbeitsfront (RdF-Erlass S. 280 / 11 II vom 13. 10. 1944), c) die Zahlung der Gewinnabführung durch Steuerungsscheine (StMSF 44 Ziffer 148) gilt nicht für 1944.


§ 1
Zur Durchführung einheitlicher Maßnahmen auf dem Gebiet der Erzeugungsplanung, Erzeugung, Beschaffung von Betriebsstoffen, Rohmaterialien und Fertigfabriken sowie der Bewirtschaftung und Verteilung von Waren aller Art, ausgenommen Lebensmittel, wird verordnet:
Sie dienen dem Landeswirtschaftsamt als Außenstellen und sind ihm in sachlicher Hinsicht unterstellt. Die Dienstaufsicht führt der Regierungspräsident.
Die Abgrenzung des Arbeitsbereichs zwischen Landeswirtschaftsamt und Bezirkswirtschaftsstellen sowie die Bestimmung darüber, welche Arbeiten die Bezirkswirtschaftsstellen im einzelnen durchführen, erfolgt durch eine Dienstanweisung, die vom Minister für Wirtschaft und Verkehr erlassen wird.
3. Die Bezirkswirtschaftsstellen bedienen sich bei Durchführung der ihnen obliegenden Arbeiten, insbesondere bei Durchführung der Verteilungsmaßnahmen, der Wirt-
schaftsämter, die von den Oberbürgermeistern und Landräten errichtet sind.

4. Bei Feststellungen für die Erzeugungsplanung, bei der Überwachung der Erzeugung, bei der Nachprüfung von Meldungen und Berichten, die industrielle Firmen zu erstatten haben, und in anderen geeigneten Fällen haben sich Landeswirtschaftsamt sowie Bezirkswirtschaftsämter der berufständischen Organisationen der Wirtschaft, insbesondere der Industrie- und Händlerkammern, der Handwerkskammern und der Kreis-
handwerkschaften, der gewerblichen Vereine usw. zu bedienen. Einzelheiten regelt die in dieser Verordnung Ziffer 2 vorgesehene Dienstanweisung.

§ 2

Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Groß-Hessisches Staatsministerium

Der Ministerpräsident  Der Minister für Wirtschaft und Verkehr

Dr. Geiler  Mueller